

SONDERAUSGABE:
KRISE UND
AUSNAHMEZUSTAND

3 DIE KRISE IN DER BRD
BRD

7 DIE KRISE IN DER WELT
International

10 CORONA IN THÜRINGEN
Thüringen

12 LEERE STRASSEN, ÜBERFÜLLTE UNTERKÜNFTE
Bremen

14 SCHUTZ VOR KRANKHEITEN?
Berlin

16 PFLEGEPERSONALMANGEL?
Hamburg

17 „SYSTEMRELEVANT“ ABER ARM DRAN
Frauen

18 YOUTUBE IN ZEITEN VON CORONA
Kultur

Liebe Leserinnen und Leser,

aufgrund der aktuellen Situation ist es völlig unmöglich, sich nicht den Umständen der sogenannten „Corona-Krise“ zu widmen. Es ist ein Thema, an dem niemand in diesen Tagen vorbeikommt, und so gut wie jeder ist betroffen. Das findet selbstverständlich seinen Niederschlag in dieser Ausgabe der RoPo. Und genauso sind wir offen für Zusendungen von euch, die schildern, wie sich die Krise auf euch auswirkt an: rotepost@gmx.de. Dass die sogenannte „Corona-Krise“ uns von der Regierung als eine „Gesundheitskrise“ verkauft wird, ist jedoch nichts weiter als Augenwischerei. In der März-Ausgabe letzten Jahres schrieben wir den Artikel „Die ökonomische Krise des Imperialismus“. Wir haben dort gezeigt, dass die bürgerlichen Ökonomen vor der nächsten Wirtschaftskrise warnen. Vor über einem Jahr. Jetzt ist die Krise da. Die Fabriken schließen weltweit, Arbeiter werden ausgesperrt und der internationale Handel geht zurück. Zu Millionen verlieren die Arbeiter auf der ganzen Welt ihre Jobs. Selbst Menschen, denen es vorher ganz gut ging, werden in die Armut katapultiert. In vielen Ländern der Welt bedeutet das, dass Millionen Menschen alles verlieren: Eine warme Mahlzeit auf dem Tisch, das Dach über dem Kopf, den Zugang zum Gesundheitssystem, teils auch Bildungsmöglichkeiten. Und wie immer trifft es uns, die eh schon ganz unten sind, als erstes. Und das soll uns als „Gesundheitskrise“ verkauft werden. Natürlich sterben Menschen auf der ganzen Welt an dem Virus, aber warum? Weil die Gesundheitssysteme in den imperialistischen Ländern systematisch kaputtgespart worden sind und in den unterdrückten Ländern in vielen Fällen noch nie ein vernünftiges existiert hat. Für die Herrschenden ist das Corona-Virus ein Geschenk, um den verrotteten Charakter ihres Systems, des Imperialismus, zu verschleiern.

Und was machen die Herrschenden? In vielen Ländern wurden Ausgangssperren verhängt, die angeblich zu unserem Schutz dienen sollen. Aber wozu dienen sie wirklich? Wir sollen uns an die hohe Polizeipräsenz und die Schikane gewöhnen. Wir sollen es hinnehmen, dass wir nicht mehr in Gruppen nach draußen oder andere zuhause treffen dürfen. Auch die Versammlungsfreiheit existiert faktisch nicht mehr. Die Maßnahmen sind nicht dafür da, dass wir geschützt werden, sondern damit die Rebellion der Massen unterdrückt werden kann. Wie soll sich die Arbeiterklasse wehren gegen Kurzarbeit, Lohnabbau, Entlassungen, Aussperrungen usw., wenn sie nicht demonstrieren darf, wenn sie sich nicht treffen kann, um Demonstrationen zu planen oder Streiks vorzubereiten? Deswegen ist es jetzt besonders wichtig, dass wir als Klasse zusammenhalten und uns das nicht bieten lassen. Und deswegen ist es wichtig, dass wir dieses Jahr am 1. Mai zeigen und an allen anderen Tagen zeigen, dass sich der Kampf der Arbeiterklasse nicht verbieten lässt!

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

DIE KRISE IN DER BRD

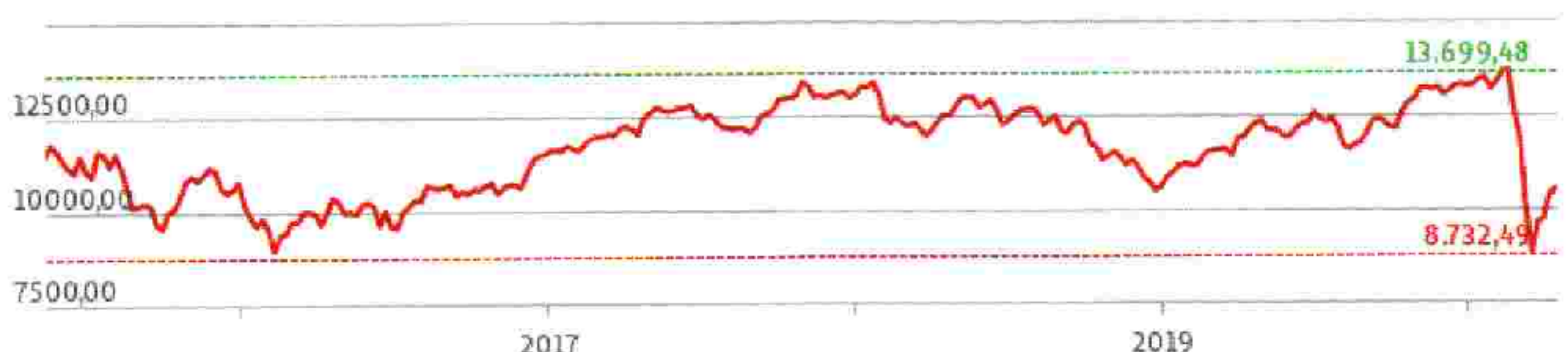
Geht es wirklich um Corona?

Die bürgerlichen Medien und die Herrschenden schieben in diesen Tagen alles auf das Coronavirus. Es soll für all das, was gerade passiert, verantwortlich sein. Ob Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Schulschließungen, den Ausnahmezustand und all das andere Leid, was wir in diesen Tagen durchmachen müssen, all das soll nur durch Corona zustandekommen. Doch was hat schon eine Reihe an bürgerlichen Ökonomen im letzten Jahr gesagt? 2020 sollte das Jahr der Krise sein. Nicht der Coronakrise, sondern der Wirtschaftskrise. Und genau das haben wir jetzt. Eine Krise des imperialistischen Systems, die im Kern eine Überproduktionskrise ist. Das bedeutet, es wird mehr produziert, als überhaupt verkauft werden kann. Die Produktionskette gerät ins Stocken. Das hat wiederum zur Folge, dass die Produkte an Wert verlieren und nicht mehr gewinnbringend verkauft werden können. So sind die Kapitalisten gezwungen, ihre Produktion neu zu organisieren und Produktivkräfte zu zerstören, das heißt Arbeiter entlassen, Maschinen still legen und vieles mehr. Es war klar, dass die Krise kommen würde und auch dass sie sehr bald kommen würde. Die Corona-Pandemie und, wie Regierungen der unterschiedlichen Länder, vor allem der imperialistischen, sie benutzen, hat diese Krise noch mehr vertieft und teilweise beschleunigt. Sie ist aber alles andere als der Grund dafür, dass die Wirtschaftskrise nun gekommen ist. Wirtschaftskrisen wie diese sind ein unweigerliches Produkt des Imperialismus und seiner Produktionsweise, das haben wir in 2008 schon erleben dürfen. Eine Pandemie hatte damit herzlich wenig zu tun. Die große Ausbreitung des Virus und die vielen Opfer, die es bisher gefordert hat, wurden

bis zu einem gewissen Punkt von den Herrschenden zugelassen. Wieso sonst wurden all die Maßnahmen, um die Bevölkerung vor der Infektion mit dem Virus zu schützen, nur so zögerlich umgesetzt? Wieso betonte unter anderem Gesundheitsminister Jens Spahn noch bis in den Februar hinein, dass alles gut sei, man auf das Virus gut vorbereitet sei und COVID-19 milder wäre als die Grippe? Das ist schlicht und einfach ein Verbrechen gegen die Völker der Welt. So auch hier in der BRD, auch wenn sie im Vergleich mit anderen Ländern noch recht glimpflich davonkommt. Das imperialistische System zeigt gerade wieder einmal, wie zerbrechlich und marode es ist. Wir sind diejenigen, die genau das jetzt ausbaden müssen. Wir sind die die in Kurzarbeit geschickt worden sind oder werden geschickt. Wir sind diejenigen, die ihren Job verloren haben oder verlieren werden. Wir sind diejenigen, die jetzt zuhause bleiben sollen. Wir sind diejenigen, die jetzt von den Bullen schikaniert werden. Die ganze Last der Krise wird auf den Rücken des Volkes und der Arbeiterklasse gelegt.

Die Maßnahmen der Bourgeoisie

Wir haben den Ausnahmezustand und andere Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise, wie zum Beispiel Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Schulschließungen, bereits angesprochen. Sachen, unter denen im Augenblick Viele in diesem Land zu leiden haben. Das häufig sowieso schon knappe Geld wird nun noch knapper oder bleibt bei denen, die ihre Arbeit komplett verloren haben, ganz aus. Die Kapitalisten liefern uns gerade im Grunde das Gegenstück zu Streik. Weil sie ihre Produkte nicht mehr verkauft kriegen, stellen sie selber



Entwicklung des Deutschen Aktienindex (DAX) innerhalb der letzten fünf Jahre samt Einbruch Ende Februar

die Produktion ein, sperren die Arbeiter aus und rauben uns unseren Lohn. Das ist die sogenannte Aussperrung.

Was aber die Meisten betrifft, ist die sogenannte „Kontaktsperre“, die nichts anderes ist als der Ausnahmezustand mit anderem Namen. Im Allgemeinen ist es verboten, mit mehr als einer Person rauszugehen. In den einzelnen Bundesländern gibt es darüber hinaus noch weitergehende Einschränkungen. Bayern und das Saarland verbieten es komplett, das Haus zu verlassen, solange es dafür keinen „triftigen Grund“ gibt. Wer sich nicht daran hält, muss mit hohen Geldstrafen ab 150 Euro aufwärts oder sogar Haftstrafen rechnen. Unter Vorwand dieses Ausnahmezustandes werden Fabriken dichtgemacht, es werden kleine Läden geschlossen und gehen Pleite. Kitas und Schulen, sowie Jugendhäuser oder Sportplätze sind zu. Die Menschen werden in ihren Wohnungen eingepfercht und hängen Tag für Tag aufeinander. Wenn man ein großes Haus mit Terrasse und Garten hat, mag das noch gut auszuhalten sein. Doch in den Arbeitervierteln, wo die Wohnungen oft in einem schlechten Zustand und viel zu klein sind, sieht das ganz anders aus.

Ausgangssperre vs. Kontaktsperre

Bei den Beratungen zwischen Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der Bundesländer, aus denen die sogenannte Kontaktsperre hervorging, gab es bereits Unstimmigkeiten darüber, wie genau man den Ausnahmezustand nun nennen und umsetzen wolle. Vor allem zeigten sich diese im Streit zwischen Markus Söder (CSU) aus Bayern und Armin Laschet (CDU) aus NRW. Ein Streit innerhalb der tatsächlichen Regierungspartei. Ein Streit der vor dem Hintergrund steht, dass sowohl Söder als auch Laschet Bestrebungen haben, im nächsten Jahr Kanzler zu werden. Söder stand für eine Ausgangssperre mit vielen Ausnahmen, während Laschet für eine Kontaktsperre mit harten Regeln plädierte. Letzen Endes wurde die sogenannte Kontaktsperre beschlossen, anstatt eine Ausgangssperre auf den Weg zu bringen. So versuchen sie noch dem Ausnahmezustand einen demokratischen Anstrich zu verpassen. Sie lassen es sich aber gleichzeitig offen, die Maßnahmen noch zu

verschärfen und suchen den Grund dafür dann im angeblichen Fehlverhalten der Bevölkerung. Schon jetzt wird von den Herrschenden darüber rumgemeckert, dass die Leute doch keine Disziplin hätten. Doch im Kern geht es ihnen darum, den Druck durch die Maßnahmen gering zu halten, um die Rebellion dagegen gar nicht erst aufflammen zu lassen.

Diese Angst vor Aufständen ist der Grund für den Ausnahmezustand. Warum hat man nicht nur die Risikogruppen unter „Quarantäne“ gestellt, sondern alle Jugendlichen, die von der Pandemie kaum etwas zu befürchten haben? Sogar eine Reihe an Virologen bestätigte, dass vor allem junge Menschen und Jugendliche ohne Vorerkrankungen mit niedrigster Wahrscheinlichkeit etwas Ernsthaftes von Corona davontragen würden. Doch wie auch die Herrschenden wissen, versteckt sich in den Jugendlichen, vor allem in den Arbeitervierteln, der größte Drang zu rebellieren. All die Jugendlichen haben auch nichts mehr zu tun seit Schulen, Sportplätze und all die Orte, an denen man etwas unternehmen konnte, geschlossen wurden. So wird mit dem Ausnahmezustand und der Regelung, dass man nur zu zweit raus darf, versucht, dieses Potential geradewegs im Keim zu ersticken.

Womit werden all die Maßnahmen gerechtfertigt?

Der Ausnahmezustand und all die Maßnahmen werden von den Herrschenden mit dem Infektionsschutzgesetz und besonders § 28 gerechtfertigt. Mit diesem Gummiparagraphen der seit 2001 existiert, zielen sie darauf einen Teil bürgerlicher Rechte, die sogar im Grundgesetz festgehalten sind welches sie sonst immerzu in den Himmel loben, außer Kraft zu setzen. Nach diesem Paragraphen wird ein ganzes Land regiert, und alles, was sie uns vorher mit bürgerlichen Rechten und dem Grundgesetz predigten, wird nun völlig auf den Kopf gestellt. Und fast niemand sagt was dagegen, nur weil „Mutti Merkel“ gesagt hat „Es ist Ernst“.

Der Angriff auf die demokratischen Rechte

Es werden wie angesprochen also große Teile der im Grundgesetz geschriebenen Rechte über den Haufen geworfen. Sie versuchen das Versammlungsrecht auszuhebeln, was bedeutet, dass Demonstrationen

und Kundgebungen fast unmöglich gemacht werden. Bullen kommen in Wohnungen rein und erteilen Menschen, die nicht dort wohnen Platzverweise, verteilen Geldstrafen und verletzen somit das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Der Bundestag und seine gesamte Funktion wurden massiv beschnitten.

Die Entscheidungsgewalt liegt vollkommen in den Händen der Exekutive, das heißt in den Händen der Regierungsparteien. So musste der Ausnahmezustand hier in der BRD nicht einmal im Parlament beschlossen werden, so wie es in England, Spanien oder Frankreich der Fall gewesen ist. Die Regierungsparteien setzen diesen Ausnahmezustand einfach durch, in Telefonkonferenzen der Ministerpräsidenten der Bundesländer mit Merkel. Sowieso sitzt im Bundestag nur noch ein Viertel der Abgeordneten, angeblich, damit der nötige Abstand eingehalten werden kann. Abgeordnete, die gewählt worden sind, wohlbemerkt. So sehen wir ganz klar, wie die gesamte parlamentarische Funktion zunehmend ausgehebelt wird. Das letzte Mal, dass sich der Bundestag problemlos einigte, war, als das Grundgesetz in der Frage der schwarzen Null aufgehoben wurde, um die großen Schulden für die Monopole zu machen.

Hinzu kommt auch noch, dass die Bundeswehr entgegen geltenden Rechts im Inland eingesetzt wird und bei Verschärfung der Situation möglicherweise auch polizeiliche Aufgaben übernehmen soll; und sie tut dies teilweise schon. Bisher werden sie vom deutschen Imperialismus in der Hauptsache in der Hinterhand gehalten und dienen als eiserne Reserve für den Fall, dass das Volk beginnt zu rebellieren. Die deutsche Armee ist auf jeden Fall gut vorbereitet auf einen großen Einsatz. Denn laut offiziellen Zahlen hat die Bundeswehr 15.000 Soldaten auf Bereitschaft gestellt, die also jederzeit für den Einsatz im Inland zur Verfügung stehen. Das ganze natürlich auch mit dem Vorwand, Corona bekämpfen zu wollen. Jedoch werden diese 15.000 Soldaten schon jetzt nicht flächendeckend zur Katastrophenhilfe eingesetzt. Stattdessen veröffentlichte die Bundeswehr Denkfabrik GIDS eine Studie, in der sie ein erhöhtes Gewaltpotential während und nach der sogenannten Coronakrise voraussagen. Sie erahnen also Rebellion und rüsten dagegen. Gegen wen sich ihr Kampf also wirklich richtet, ist klar. Bisher wird die Kontaktsperre und Ähnliches noch von einem weiten Teil Bevölkerung geduldet und stößt auf Zustimmung. Doch auch das ist eine Sache, die sich ändern wird, wenn sich die Krise weiter verschärft. Schließlich befinden wir uns erst am Anfang.



Bullen machen Jugendlichen in München Stress

Auch das Arbeitsrecht ist nichts mehr Wert

Schon jetzt werden diejenigen, die noch normal arbeiten dürfen, an ihr Limit gebracht. Arbeitsrechte werden mit Füßen getreten. So ist es zum Beispiel auf einmal egal, wenn ein LKW-Fahrer 12 Stunden durchfährt oder Kassierer und Krankenpfleger etliche Überstunden schieben. Das Ganze soll nun sogar noch verschärft werden. So werden Stimmen lauter, die fordern, dass der Achtstundentag in sogenannten systemrelevanten Berufen nun außer Kraft gesetzt werden soll. Man will die zugelassene Arbeitszeit auf bis zu zwölf Stunden anheben. Die meisten, die also jetzt noch arbeiten, würden dann noch stärker ausgebeutet als sowieso schon. Bisher ist das nur ein Vorschlag und noch keine Realität, allerdings wird allein durch diesen Vorschlag noch einmal deutlich, wer die Krise ausbaden muss.

Macht Hamstern Sinn?

Einige Produkte in den Supermärkten sind immer wieder leergekauft. Klopapier, Nudeln oder Mehl werden von einigen Leuten in großen Massen gehamstert. Der Grund für dieses Gehamstere ist die ganze Hysterie, die in den bürgerlichen Medien geschürt wird. Doch Hamstern ist Quatsch, denn die Supermärkte sind das Letzte, was sie zumachen werden. So weit wird es nicht kommen, denn die Versorgung mit Lebensmitteln ist in jedem Fall gesichert, das hat Landwirtschaftsministerin Klöckner immer wieder betont. Diese zu garantieren hat auch bei den Herrschenden sehr hohe Priorität. Denn wie schon gesagt, geht es ihnen darum, Aufstände der Massen zu vermeiden. Denn wenn die Massen hungern, dann hat man eine Revolution. Da helfen ihnen auch kein Ausnahmezustand, keine Kontaktsperre oder andere Maßnahmen mehr. Was es schon gegeben hat sind Auseinandersetzungen, sogar

Schlägereien, und das nur wegen Klopapier. Wenn eine solche Situation etwas weiter ausartet, dann ist eine Plünderung nicht mehr weit. Eine Sache, die die Herrschenden in jedem Fall vermeiden wollen. Das führt zu den Maßnahmen, die seit Anfang April nun in den Supermärkten gelten. Weniger Leute werden zur gleichen Zeit rein gelassen und alle müssen einen Einkaufswagen mit sich herum schieben, egal ob sie einen brauchen oder nicht. Diese Dinge dienen angeblich dazu, die Infektionsgefahr zu verringern und den Abstand zwischen den Menschen zu gewährleisten. In der Hauptsache sind aber auch diese Maßnahmen dafür da, mögliche Aufstände und Plünderungen zu verhindern, auch wenn sie uns anders verpackt verkauft werden.

Massen gegen Massen

Neben dem Gehamsterte und den resultierenden Auseinandersetzungen zwischen den Menschen zeigt sich die Spaltung des Volkes und der Arbeiterklasse auch auf anderem Wege. Die Hauptsache hier ist das große Denunziantentum, was in diesen Zeiten herrscht und zu dem die Bullen auch immer wieder aufrufen. Wegen der großen Hysterie rufen Menschen ständig die Polizei und verpetzen andere, die sich nicht an die Diktate des Ausnahmezustandes halten. Doch von dieser ganzen Hysterie und Angstmache dürfen wir uns nicht beirren lassen. Genau wie davon, dass diese ganze Krise an Corona liege; sie liegt an diesem verfaulten System namens Imperialismus. Menschen sterben nur, weil die Herrschenden es zugelassen haben, dass das Virus sich ausbreitet, und wir leiden nun unter der Wirtschaftskrise, weil sie all die Last der Krise auf unsere Schultern packen. So sollten wir auch diejenigen sein, die in diesen Tagen zusammenstehen und uns das alles nicht gefallen lassen, sondern gegen all ihre Maßnahmen und den Ausnahmezustand kämpfen und uns wehren. •



Krise 1923: Schlange stehen für Essen



Krise 2020: Ähnliche Situation, ähnliches Bild

DIE KRISE IN DER WELT

Unter der Krise werden die Arbeiterklasse und die Völker auf der ganzen Welt leiden. Dabei muss klar sein, dass die Völker der unterdrückten Nationen am meisten unter der Krise leiden und leiden werden. Die WHO selbst geht davon aus, dass die unterdrückten Nationen in nächster Zeit das Epizentrum der Pandemie werden. Es sind die Länder, in denen es häufig keine oder nur schlechte gesundheitliche Versorgung gibt. Die Krise wird also vor allem die Völker in den unterdrückten Nationen, jene, die am wenigsten dafür können, einen hohen Preis kosten. Wir müssen aber klar haben, dass diese Krise in der Hauptsache eine Überproduktionskrise ist. Schätzungen von Oxfam zufolge werden eine halbe Milliarde Menschen in tiefste Armut sinken. Die Leute sterben nicht nur an dem Virus, sondern verhungern oft schon vorher. Das Massensterben, vor dem wir nun stehen, kommt nur durch den Umgang und die Handhabung der Pandemie zustande.

Indien

Indien ist das Land mit den zweitmeisten Einwohnern auf der Welt. 1,2 Milliarden Menschen leben dort. Dutzende Städte in Indien haben Millionen von Einwohnern, die auf engstem Raum leben. Auch in Indien wird eine Ausgangssperre durchgesetzt. Millionen von Massen in den Großstädten, vor allem diejenigen Arbeiter ohne Verträge, leiden nun unter den Aussperrungen, also der Schließung der Fabriken. Auf dem Land leiden die armen Bauern darunter, dass sie ihre Produkte nicht mehr verkauft bekommen. So sterben die Menschen in Indien zurzeit eher an Hunger als an der Krankheit. In der Stadt, weil der Lohn wegbleibt und keine Produkte mehr geliefert werden, und auf dem Land, weil sie folglich keine Produkte mehr verkaufen können und so kein Geld mehr verdienen.

Darüber hinaus gibt es eine große politische Ausnutzung der Situation. Große Proteste wie in Kaschmir oder gegen den diskriminierenden Citizen Amendment Act (CAA) werden durch den Ausnahmezustand niedergehalten. Doch die Genossen der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) führen weiter den Volkskrieg, den Kampf für die Befreiung des indischen Volkes, erzielen weiterhin Erfolge und liefern so die richtige Antwort auf die Krise des Imperialismus.

Europäische Union

Innerhalb der EU leiden vor allem die Länder Südeuropas unter der Krise. Neben dem großen Schrecken, den Italien, Spanien und Frankreich wegen der vielen Toten in der Welt hinterlassen, gehen ihre Wirtschaften den Bach runter. Der Schrei nach Hilfe der EU war größer denn je. Italien, Frankreich und Spanien forderten eine Verteilung der Schulden auf alle EU-Länder durch gemeinsame Anleihen (Eurobonds), um die eigenen Wirtschaften zu retten. Doch die BRD, die an der Spitze der EU steht, lehnte ab und stellt sich dagegen. Zunächst beschlossen die EU-Staaten ein Hilfspaket, das aus drei Teilen besteht. Ein europäisches Kurzarbeitergeld von 100 Mrd. Euro, das dazu dient, die großen Monopole zu retten. 200 Mrd. von der europäischen Investitionsbank werden dafür genutzt, kleinere Unternehmen im Interesse der Monopole zu retten, während andere keine Unterstützung bekommen und fallen gelassen werden. Es wird einfach danach entschieden, welche Unternehmen noch gebraucht werden und welche nicht. 240 Mrd. Euro werden vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für Staaten bereitgestellt. Die BRD besitzt mit 26,9 Prozent den größten Anteil am ESM. Im Endeffekt wird Staaten wie Spanien, Italien oder Portugal nur der Ausweg gegeben, sich weiter zu verschulden. Das dient vor allem dem deutschen Imperialismus,



Proteste gegen die Ausgangssperre in Indien

der seine hegemoniale Macht innerhalb der EU weiter ausweitete und seine Konkurrenz zunehmend ausschaltete. Der deutsche Imperialismus lässt die anderen europäischen Staaten niederknien, so wie mit Griechenland vor ein paar Jahren.

Die angeblich solidarische EU zeigte schon zu Beginn der Krise ihr wahres Gesicht als imperialistisches Bündnis, aus dem alle ihre Vorteile schlagen wollen. Alle Staaten stellten ihr eigenes Interesse in den Vordergrund. Mit Solidarität hat das nichts zu tun. Das zeigt sich auch, wenn man in die unterdrückten Nationen der EU schaut. Aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn werden nun doch Erntehelfer nach Deutschland eingeflogen. Sie werden mit extra gecharterten Flugzeugen nach Deutschland gebracht, damit sie wie jedes Jahr die Ernte für die Großbauern erledigen. Auf Kosten des Volkes dieser Länder wird garantiert, dass bei den Menschen in Deutschland wie sonst auch der Spargel im Frühling auf den Teller kommt und scheinbar alles ist wie immer. Wie es um die Gesundheit der Arbeiter steht, die herkommen, ist dabei egal. Die derzeitige Situation und die Maßnahmen sorgen aber auch für Widerstand bei den Massen in den Ländern Europas, vor allem im schwer getroffenen Italien, wo es schon erste Plünderungen von Supermärkten gab. Dazu gab es Arbeitskämpfe und Streiks wie zum Beispiel in einer Autofabrik in Pomigliano.

USA

Die USA sind das Land mit den meisten Infizierten auf der ganzen Welt. Insgesamt waren Mitte April etwa 519.000 Menschen mit dem Virus infiziert und 24.500 an den Folgen gestorben. Schätzungen zufolge soll das Virus allein in den USA noch zwischen 100.000 und 240.000 Opfer fordern. Yankee-Präsident Donald Trump hat das Virus schlichtweg kommen und sich ausbreiten lassen, in dem er lange nichts getan hat und die Existenz des Virus sogar leugnete. Innerhalb von nur drei Wochen sind laut offiziellen Zahlen 17 Millionen Menschen als arbeitslos registriert worden. Dazu kommen noch Hunderttausende, die bislang nicht erfasst werden konnten, weil das System in den USA nicht darauf ausgelegt ist, so viele Arbeitslose auf einmal zu registrieren. Insgesamt wird von einem gewaltigen Einbruch der Wirtschaft ausgegangen. Die Schätzungen von bürgerlichen Ökonomen belaufen sich von 12 Prozent bis hin zu 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Yankees

im zweiten Halbjahr 2020. Eine Sache, die zu großer Armut, Arbeitslosigkeit und zu viel Leid des Volkes und der Arbeiterklasse führen wird.

In den USA gibt es eine ganze Reihe an absurden Maßnahmen, die getroffen worden sind. Diese stehen im Lichte des zurzeit laufenden Wahlkampfes für die Präsidentschaftswahl im November diesen Jahres. Zwischen den Bundesstaaten ist ein regelrechter Konkurrenzkampf ausgebrochen, in dem sie sich gegenseitig zerfleischen. Die Gouverneure interessieren sich nur für ihren eigenen Bundesstaat, da sie ja nur für den gewählt werden können. Die anderen Bundesstaaten sind ihnen oft vollkommen egal und es spielt keine Rolle, ob die Menschen dort sterben. Sie kümmern sich nur darum, wie sie ihre lokalen Machtstrukturen erhalten können, und benutzen dafür das Leben ihrer Staatsbürger.

Auch Trump selbst ging in die Wahlkampfoffensive und versprach jedem Amerikaner, der ein Jahreseinkommen von unter 75.000 Dollar hat, wegen der Krise 1200 Dollar auf die Hand im Falle einer Wiederwahl. Für Kinder gibt es noch einmal extra Zuschläge. So kauft Trump sich aus der Staatskasse im Grunde seine Wählerstimmen und seine Wiederwahl im November. Das ist ein Ausmaß an Korruption, das man seit dem Römischen Reich nicht mehr gesehen hat. Dazu kam, dass Trump dem Unternehmen General Motors (GM) nun per Dekret befahl, dass sie Beatmungsgeräte produzieren sollen. Das aber, nachdem GM sich damit bereits einverstanden erklärt hatte. So wird GM nach der Pandemie mächtig abkassieren, da sie das natürlich nicht aus Menschenliebe heraus tun werden.

Sehr auffällig ist in den USA, dass zu einem Großteil die afroamerikanische Bevölkerung an dem Virus leidet und an COVID-19 stirbt. Sehr deutlich zeigt sich das im Bundesstaat Louisiana. Der Bevölkerungsanteil von Afroamerikanern liegt dort bei 32 Prozent. Insgesamt sind aber ganze 70 Prozent der Toten schwarz. Das liegt daran, dass Afroamerikaner meist in schlechteren Jobs arbeiten als Weiße. Knapp 12 Prozent haben keine Krankenversicherung und haben somit gar nicht die Möglichkeit, zum Arzt zu gehen, geschweige denn sich behandeln zu lassen. Ein Sprichwort der Schwarzen in den USA besagt: „Wenn weiße Leute eine Erkältung kriegen, holen sich Schwarze eine Lungenentzündung.“ Das bringt die Sache auch in

diesen Zeiten auf den Punkt. Die schwarzen Arbeiter, also ein Teil der Ärmsten in den USA, werden einfach fallengelassen und leiden am meisten unter der Krise. Sie sind in weiten Teilen vollkommen ausgeschlossen vom maroden Gesundheitssystem der Vereinigten Staaten. Behandlungen werden ihnen verwehrt, weil sie nicht das Geld dafür haben. Menschen werden auf offener Straße aus Krankenwagen geschmissen, weil sie keine Versicherung haben. Hier zeigt sich wieder einmal, wie verrotten der Yankee-Imperialismus ist und dass die Arbeiter diejenigen sind, die an der Krise zu leiden haben. Wirtschaftlich, indem sie durch Verlust der Arbeit weiter verarmen und gesundheitlich, indem sie wegen ausbleibender Behandlung an der Krankheit sterben oder Schaden nehmen. Nur den Papierlosen, den „illegalen“ Migranten aus Lateinamerika in den USA wird es noch schlimmer gehen.

Lateinamerika

In Chile wird ebenfalls eine Ausgangssperre durchgesetzt und die Straßen in einigen Gegenden sind durch das Militär besetzt. Ende März wurde in Chile aus Kreisen der industriellen Brotherstellung ein Anstieg des Brotpreises um 20 Prozent verkündet. Der Grund dafür ist, dass etwa 70 Prozent des in Chile angebauten Getreides ins Ausland exportiert werden. Denn das ist die Art und Weise, wie der chilenische Großgrundbesitz und Auslandshandel ausgerichtet ist, im Dienste der Imperialisten. Erst nachdem sich Regierungsvertreter mit Vertretern der industriellen Brotherstellung und Vertretern der Getreideverarbeitung getroffen hatten, wurde verkündet, dass der alte chilenische Staat Maßnahmen ergriffen habe, den Brotpreis nicht allzu stark in die Höhe schnellen zu lassen. Es wurde angekündigt, dass er nicht mehr als drei Prozent steigen sollte. Dieses Eingreifen des alten chilenischen Staates war selbstverständlich notwendig, um nicht neues Öl ins Feuer der Rebellion in Chile zu gießen, welches Oktober letzten Jahres dort aufflammte.

In Ecuador zeigt sich zurzeit der Kollaps des Gesundheitswesens. Die Krankenhäuser sind marode und es fehlt vorne und hinten an Kapazitäten und Behandlungsmethoden im Land. Das Gesundheitssystem wurde in den letzten Jahren vollkommen kaputt gespart, während man bei den Rüstungsausgaben aufgestockt hat. Erst letzten Oktober wurden 2000 Arbeiter aus Krankenhäusern

entlassen. Nun leiden die Massen und aus dem Volk sterben zuhauf Menschen an COVID-19. Die Leichen der Toten liegen in den großen Städten einfach auf der Straße, und das tagelang. Sie werden von den Menschen in Plastikmülltüten verpackt und nach mehreren Tagen in Pappkartons gesteckt und abtransportiert. Es ist nicht einmal mehr genug Holz für Särge vorhanden. Wie die Lage auf dem Land ist, mag man sich gar nicht vorstellen. Dazu kommen die vielen Ecuadorianer, die vermutlich an Hunger sterben werden. Rund zwei Millionen im Land leben von nur einem Dollar am Tag. Der bleibt bei vielen nun weg. Der Hungertod wird das Schicksal großer Teile des Volkes in Ecuador sein.

In diesem Artikel konnten wir nur einige Länder anschneiden. Aber die gemachten Beispiele zeigen deutlich, wie die Überproduktionskrise des imperialistischen Systems durch die Corona-Pandemie vertieft wird und die ganze Welt umspannt. Die Imperialisten werden alles tun, um die Krise auf den Rücken der unterdrückten Nationen abzuladen, aber auch in den imperialistischen Ländern wird sie nicht spurlos an der Arbeiterklasse und dem Volk vorbeigehen. Schon jetzt leiden Millionen von Menschen auf der Welt an noch mehr Elend und Hunger. Das wird die Flammen der Revolution auf der Welt noch mehr oder neu entfachen und den Untergang des maroden imperialistischen Systems beschleunigen. •



Pappkartons für den Abtransport von Leichen in Ecuador

CORONA IN THÜRINGEN

Wie in allen anderen Bundesländern breitet sich das Corona-Virus auch in Thüringen aus. Die steigenden Infektionszahlen bringen einige andere Probleme mit sich, und damit ist nicht gemeint, dass es beim Aldi kein Klopapier mehr gibt. Kaum eine Lebensbereich ist von den verschiedenen Maßnahmen nicht betroffen. Nachdem wir uns schon fast daran gewöhnt haben, nicht mehr ohne Einkaufswagen und mit Mindestabstand einkaufen zu gehen, uns nicht mehr mit Freunden auf ein Feierabendbier an der Ecke oder der Kneipe zu treffen, dass unsere Sportvereine und Trainingsmöglichkeiten geschlossen haben und unsere Kinder keine Schule mehr haben, wodurch wir uns teilweise den eh schon viel zu knappen Urlaub nehmen müssen, um uns um unsere kleinen Lieblinge zu kümmern, was kann da noch kommen? Und die Antwort ist leider: Noch einiges!

Es reicht z.B. ein Blick nach Neustadt am Rennsteig im Thüringer Wald. Eine ganze Gemeinde mit 900 Menschen wird abgeriegelt und unter häusliche Quarantäne gestellt. Die Zufahrten wurden von Polizei und Feuerwehr für 2 Wochen abgeriegelt, eine Notversorgung wurde eingerichtet. 900 Einwohner, die bis zum 05. April in ihrem Dorf eingeschlossen, mit dem mindesten versorgt und so bis auf wenige Ausnahmen ruhig gehalten wurden. Um eine derartige Quarantäne in einer größeren Stadt oder in einem Ballungszentrum umzusetzen, wäre der Einsatz der Bundeswehr im Inneren notwendig. Mike Mohring, um den es seit dem Desaster um die Ministerpräsidentenwahl etwas ruhiger geworden ist, würde das sofort befürworten, und alleine wäre er damit sicher nicht. Doch auch in anderen Städten in Thüringen werden aufgrund steigender Infektionszahlen Maßnahmen beschlossen, die es so in der BRD noch nicht gab. So gibt es in Jena seit Anfang der Woche eine Vermummungspflicht in

vielen Bereichen der Öffentlichkeit. Was sonst nicht gerne gesehen ist, wird nun zur Pflicht: Alle Bürger müssen in Bus und Bahn, in Supermärkten und in öffentlichen Gebäuden, sofern sie noch geöffnet sind, einen Mundschutz tragen. Bereits letzte Woche hatte die Stadt diese Maßnahme angekündigt und gleichzeitig dazu aufgerufen, aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Masken, sich doch selber eine zu nähen oder einfach einen Schal ins Gesicht zu ziehen. Die Obrigen der Stadt als Repräsentant der herrschenden Klasse gestehen sich also ausnahmsweise ein, dass sie sich nicht um die Massen scheren und wir selber zusehen müssen, wie wir klar kommen. Wer ohne Mundschutz von Bullen oder Ordnungsamt erwischt wird, zahlt übrigens 50 Euro, und das ist bald nicht nur in Jena so sondern ab Ostern auch in Nordhausen und wer weiß wo sonst noch.



Doch auch wenn wir in Zukunft nicht in unseren Wohnungen eingesperrt werden oder mit Mundschutz herum rennen müssen, kann da noch einiges auf uns zukommen. Vor 5 Wochen schallte aus den Chefetagen vieler Unternehmen in Thüringen noch Töne wie: „Wir brauchen keine Kurzarbeit! - Diese ganze Hysterie...“. Kurz darauf erkennt der Thüringer Wirtschaftsverband allerdings, dass es vermutlich doch zu einem massiven Anstieg von Kurzarbeit durch Lieferengpässe kommen kann. Bis Mitte März hatten sich bereits 3000 Thüringer Firmen bei den Arbeitsagenturen gemeldet und Kurzarbeit angemeldet. Inzwischen sind tausende Arbeiter von den Regelungen zur Kurzarbeit betroffen und müssen teilweise lernen, wie es ist, mit 60% des vorherigen Einkommen auszukommen. Besonders metallverarbeitende Betriebe und Unternehmen, die Dienstleistungen erbringen sind betroffen, obwohl die Gewerkschaften dort doch so präsent sind. Denn

für sie ist klar, dass Arbeitskampf in den Zeiten einer Pandemie völlig unangebracht ist, deshalb wird natürlich auch der Tag unserer Klasse, der 1. Mai abgesagt. Dass meine Klassenschwestern, meine Klassenbrüder und ich durch Kurzarbeit teilweise nur noch gerade so unsere Miete zahlen können, und zum Essen und für alles Andere kaum was übrig bleibt, ist ja egal. Aber hey, immerhin können wir für Mietschulden, die von 1. April bis 30. September entstanden sind, von unserem Vermieter nicht gekündigt werden. Schön wäre es, wenn der Mist danach aus der Welt ist, aber nach der Pandemie kann ich die Kohle dann sowieso wieder reinbuckeln, wenn ich überhaupt noch einen Job habe. Und der Chef? Der entspannt sich im Homeoffice, lässt die Haushälterin einkaufen und kann im riesigen Garten hinter seiner Vorstadt-Villa die Sonne genießen. Wenn wir mal versuchen, ein wenig Sonne im Park zu tanken, lungern Ordnungsamt und Cops bereits dort herum.



Bei all dem Gelaber darüber, dass das Coronavirus alle Menschen wieder zusammenbringt, kann man einen richtig dicken Hals bekommen. Sie behaupten damit, dass dieses Virus alle Unterschiede zwischen den Klassen aufweicht und verschmelzen lässt. Doch an den grundsätzlichen Grenzen unserer Gesellschaft, also denen zwischen oben und unten, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Herrschern und Unterdrückten, hat sich nichts geändert. Die Herrschenden können mal den Ausnahmezustand proben, uns schleichend an immer mehr Einschränkungen unserer Grundrechte gewöhnen, uns von heute auf morgen einfach nicht mehr arbeiten lassen und alle Probleme, die eigentlich durch ihre Herrschaft entstehen, auf die „Corona-Krise“ schieben. Doch eins können sie nicht, und das ist uns unseren Klassenhass auf sie und unsere Solidarität untereinander zu nehmen! •

LEERE STRASSEN, ÜBERFÜLLTE UNTERKÜNFTE

Auch dieses Jahr setzt Anfang April scheinbar schon wieder der Hochfrühling ein – in Parks, Grünzügen oder an der Weser tummeln die Menschen sich bei sommerlichen Temperaturen. Aber doch sind es viel weniger als gewöhnlich für dieses Wetter. Und natürlich – kaum große Gruppen, kein Grillen, keine Party. Es ist still geworden. Aber bedrückend wird es erst, wenn man sich von den klassischen Naherholungsgebieten entfernt und 500 Meter weiter auf eine leere Hauptstraße blickt. Dieses Bild äußert sich je nach Stadtteil auf ganz unterschiedliche Art und Weise, und natürlich ist da die hauptsächliche Frage, welche Klasse das Wesen und die Erscheinung des Stadtteils prägt. Abseits vom Osterdeich erkennt man das Steintorviertel praktisch nicht wieder, weil plötzlich niemand mehr unterwegs ist. In proletarischen Stadtteilen dagegen läuft das öffentliche Leben eingeschränkt weiter – aber: es *läuft* weiter. Es kommt auf den Job an, ob man jetzt ins Home-Office geht oder sich auch mal für zwei Wochen Urlaub nehmen kann, oder ob man normal weiter arbeiten und möglicherweise um seinen Lohn fürchten muss. Das Bild, das die Corona-Maßnahmen und die Verschärfung der ökonomischen Krise zeichnen, variiert also in den unterschiedlichen Teilen der Stadt – in Bremen wie in anderen Städten. Seit dem Beschluss des Kontaktverbots sieht man zumindest eine Sache häufiger auf den Straßen: Bullenwagen.

Die Bremer Polizei hat in den vergangenen Wochen, seit der Verhängung der Kontaktsperre, mit einigen Aktionen bereits für Aufsehen gesorgt. Angebliche „Partys“ und Kindergeburtstage in geschlossenem Raum wurden gestürmt, aufgelöst und Strafanzeigen gegen alle Anwesenden erlassen. Besucher einer Moschee bekamen ebenfalls Strafanzeigen dafür, dass sie in den Räumlichkeiten der Gemeinde spielten. Doch auch auf ein theoretisch „erlaubtes“ Zusammenkommen dreier Personen im nicht-öffentlichen Raum wurde mit einer Stürmung der Wohnung reagiert – weil angeblich dort der Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten worden war. „Schatz, die Gestapo ist da.“

Die Schlagzeile machten die Bullen aber mit der Intervention gegen die Demonstration vor der „Landesaufnahmestelle“ in der Lindenstraße

in Vegesack und den daraufhin gefertigten Strafanzeigen. Der Protest von 50 Geflüchteten gegen den unhaltbaren Zustand in der völlig überfüllten Sammelunterkunft, bei dem selbst sogar auf angemessene Abstände geachtet wurde, stellte offenbar eine größere Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung dar, als die Situation der Betroffenen, die sich zu sechst mit meist fremden Menschen ein enges Zimmer, das nicht mal ein Fenster hat, teilen müssen. Hier ist es überhaupt nicht möglich, den Mindestabstand einzuhalten. Unter diesen Umständen wird es der Ausbreitung des Virus leicht gemacht. Immer mehr fordern daher die



oben Kundgebung vor, unten Zustände in der Unterkunft

Schließung der Einrichtung und die Umverteilung der ungefähr 700 Flüchtlinge z.B. in die leerstehenden Hotels, der Bremer Flüchtlingsrat hat begleitend zu Letzterem eine Strafanzeige gegen Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne Partei) und die „Arbeiterwohlfahrt“ (AWO) wegen des Verstoßes gegen die „Allgemeinverfügung zur Eindämmung des Corona-Virus“ gestellt. Stahmann nimmt die Situation der Geflüchteten gerne in Kauf, um nach außen hin ein abschreckendes Bild der Lage in den imperialistischen Ländern Europas darzustellen. Die menschenverachtenden Zustände an der Lindenstraße und in anderen Unterkünften sind eine der ersten großen Errungenschaften der Bremer „rot-rot-grünen“ Landesregierung, für die also die sich gerne als „sozialistisch“ oder besonders fortschrittlich ausgebende Linkspartei ebenfalls die Verantwortung trägt – auch wenn sie nach außen hin natürlich über die Zustände jammert. Die Demonstranten können übrigens mit Konsequenzen bis hin zu Freiheitsstrafen rechnen, dafür, dass sie u.a. auf einen Verstoß gegen die Allgemeinverfügung (die aus juristischen Gründen in eine sogenannte Rechtsverordnung umgewandelt wurde), aufmerksam gemacht haben. Die Demonstration ist eine von mehreren in den letzten Wochen (sogar schon vor dem Inkrafttreten der Allgemeinverfügung), die mit dem Vorwand der Corona-Bekämpfung von den Bremer Bullen verhindert wurde. Das Ordnungsamt hat mehrere Demonstrationen und Kundgebungen mittels der Gummiparagraphen des Infektionsschutzgesetzes untersagt, wobei das Verbot von Menschenansammlungen für Versammlungen, die sich auf die Demonstrationsfreiheit berufen, hier nicht einmal gilt.

Während im Steintorviertel Faschisten Ende März Hakenkreuze und SS-Runen an zahlreichen Orten ungehindert und angeblich ungesehen anbringen

konnten, waren die Bullen und das Ordnungsamt gleicherorts zur gleichen Zeit damit beschäftigt, Jugendliche hochzunehmen. So wurde uns von einem Beispiel berichtet, bei dem die „Freunde und Helfer“ einer Gruppe von drei Flüchtlingen höflich erklärte, dass sie hier nicht mehr zu dritt unterwegs sein dürfen. Als diese sich dann auf den Weg machen wollten, kam dann aber: „So, und das macht jetzt 50€ für jeden!“

Und sonst so? Neben der Kürzung des Lohns oder der Arbeitszeit oder der Entlassung des Arbeiters sind besonders kleine Ladenbesitzer von der ökonomischen Krise betroffen. Und für einige ist Corona dabei tatsächlich ein großer Faktor. Anders als der großen Wirtschaft macht einem selbstständigen Imbiss im Stadtteil die allgemeine Überproduktion weniger Sorgen als die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus. Weniger Leute kommen in den Laden, die Bedienung wird umständlicher, und besonders, wird uns von einem Verkäufer in Vegesack berichtet, bleiben viele aus, die ihre Hamsterkäufe nun auch verkochen müssen. Ebenso wie Imbisse sind jetzt beispielsweise Kioske bedroht. Die Inhaber versuchen mit allen Mitteln, auf die Situation zu reagieren, doch einige werden ihr nicht standhalten können, viele kleine Geschäfte stehen bereits kurz vor dem Aus. Natürlich ist man auf sich allein gestellt, kollektive Lösungen wie die Einbindung in die Produktion und Versorgung in Hinblick auf die Ausbreitung der Pandemie stellt der Imperialismus natürlich nicht bereit.

Zuletzt nach den Eindrücken aus unterschiedlichen Stadtteilen Bremens ein Blick dahin, wo kaum Menschen wohnen – in die Innenstadt. Da, wo sonst Menschen mit Einkaufstüten und in Bürokleidung durcheinander wuseln, ist es nun leer wie sonst nirgendwo. Verlassene Straßen, Wege, Passagen, seit die Geschäfte dicht gemacht haben. Damit wird das ganze Areal mehr oder weniger zum Ausbreitungsraum für Lumpen unterschiedlicher Art. Jetzt werden um den Marktplatz herum offen alle möglichen Drogen verkauft und konsumiert, und keinen scheint es zu interessieren – das vermeintliche „Herz der Stadt“, das nur aufgrund des Einzelhandels so besteht, wird binnen weniger Tage zu einer schäbigen Geisterstadt. Einmal mehr Eindruck genug, wie marode dieses System und wie instabil seine ganze Macht in Wirklichkeit ist. •



Demo vor der Landesaufnahmestelle Lindenstraße

WO TATSÄCHLICHER SCHUTZ VOR KRANKHEITEN NICHT PASSIERT

Wie im Rest der BRD geht die angebliche „Corona-Krise“, die in Wahrheit eine ökonomische Krise des Imperialismus ist, auch in Berlin um. Das zeigen unter anderem die Zahlen der Deutschen Presse-Agentur (dpa), Stand 05. April: „Seit dem 14. März 2020 notierte die Berliner Polizei insgesamt 71 Straftaten und seit dem 23. März 2020 695 Ordnungswidrigkeiten als Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz.“ Auch hier richten sich die Schikanen gegen das Volk und dienen nicht wirklich dem angeblichen Schutz vor dem Virus. So gibt es auf der Straße Kontrollen, teilweise sogar gegen Menschen, die alleine unterwegs sind, wie uns einige Leser berichteten. Bei diesen wurden sowohl die Personalien aufgenommen, als auch der Grund für das Verlassen des Hauses nachgefragt und die Taschen durchsucht. Wie genau eine solche zusätzliche nähere Interaktion vor Erkrankungen schützen soll, ist unklar, wofür es jedoch klar dient, ist Angst zu schüren, auf die Straße zu gehen, geschweige denn sich zu versammeln. So dienen die Maßnahmen vor allem gegen Treffen von Gruppen - wenn man als Gruppe unterwegs ist und nichts zu tun hat, könnte man ja auf „dumme Gedanken“ kommen, besonders, wenn man nicht Teil einer Risikogruppe ist.

Wen die Maßnahmen treffen zeigt auch der Bericht eines Lesers, der Lehrer in einem Berliner Randbezirk ist:

„Die Schließung der Schulen hat vor allem für die Kinder der breiten Volksmassen erhebliche Nachteile. Obwohl sich die Schulschließungen seit Anfang März abzeichneten, wurden digitale Lösungen erst kurz vor knapp verstärkt zum Thema gemacht. Ein Teil der Schüler kam zu dem Zeitpunkt aus Sorge vor dem Virus schon gar nicht mehr zur Schule.“

Des Weiteren verfügen viele Familien nicht über die nötigen technischen Gerätschaften, um die Unterrichtsmaterialien aus der digitalen Cloud zuhause bearbeiten zu können. Das sind besonders Familien, die den mickrigen Hartz-IV-Satz beziehen, oder in einer der erbärmlichen Flüchtlingsunterkünfte leben müssen. Besonders gemein ist da die Entscheidung vieler Schulleitungen, die häuslichen Aufgaben bewerten zu lassen. Dies ist in vielen anderen Bundesländern aus guten Gründen gar nicht erlaubt, denn niemand kann nachprüfen, wer die Aufgaben zuhause gelöst hat. So werden Bildungsrückstände mal wieder zementiert, statt ausgeglichen. Der Ausgleich wird sogar durch Direktiven aus der Senatsverwaltung verhindert. So ist es Berliner Lehrern seit zwei Wochen untersagt, das Schulgebäude auch nur zu betreten. Flexible Lösungen, wie zum Beispiel das Verteilen von Kopien an die Haushalte oder Unterricht mit einigen wenigen Schülern, die zuhause kein Internet haben, werden so unmöglich.“



Bullen auf Kontrolle im Mauerpark

Ein anderer Leser zeigt uns im Interview, wie es auf der anderen Seite mit dem Schutz vor Erkrankungen auf anderen Arbeitsstellen, wie beispielsweise in Berliner Krankenhäusern tatsächlich steht:

Du arbeitest in Krankenhaus, richtig? Was arbeitest du dort? Und was hat sich an der Situation dort seit der sogenannten „Corona-Krise“ geändert?

Also ich arbeite im Krankenhaus im Lager als Logistiker und Kommissionierer, wir sind verantwortlich für das ganze Krankenhaus, also alle Stationen, mit allen notwendigen Sachen für die Arbeit zu versorgen. Also das heißt konkret Handschuhe, Kittel, OP-Masken, Stethoskope, Skalpelle, Spritzen und so weiter. Also wirklich alles was man als Arzt oder als Krankenschwester so braucht. Seitdem alle möglichen Maßnahmen eingeführt wurden, hat sich aber bei uns kaum was geändert. Naja, genauer gesagt gar nichts eigentlich. Also es gab mal die Idee, dass wir alle Einmalhandschuhe beim Arbeiten tragen sollten, damit wir keine Krankheiten weitertragen und uns auch nicht anstecken, daraus wurde aber natürlich nichts. Der Chef hat kurz nachdem der Vorschlag an uns weitergegeben wurde, angerufen und gemeint, dass das zu teuer wäre, wenn jeder von uns ab jetzt Handschuhe tragen würde, wir würden nämlich alle zwei Tage eine Packung verbrauchen. Ich hab zwar keine Ahnung, wie viel so eine Packung kostet, aber das sind auf jeden Fall nur paar Euro im Einzelhandel, garantiert noch weniger für das Krankenhaus. Davon abgesehen, dass die Handschuhe alleine eh nicht ausreichen würden, um uns tatsächlich zu schützen, und man die laut Angaben deutlich öfter wechseln müsste, scheint unsere Gesundheit und die Gesundheit des ganzen Krankenhauses nicht mal das wert zu sein.

Es gab also keine Schutzmaßnahmen?

Naja, uns wurde gesagt wir sollen jetzt öfter unsere Hände desinfizieren, aber das zu oft zu machen macht die Hände kaputt, also wird das trotzdem recht selten gemacht. Die Ware, die wir auf die Stationen bringen, werden in spezielle Behälter gepackt und die kommen dann auf die einzelnen Stationen, und auch wieder runter zu uns. Die Behälter, die aus Plastik sind, werden tatsächlich abgewaschen, aber wir haben auch noch Behälter aus Metall, und die wurden noch nie abgewaschen und sollen es auch nicht. Der Chef meinte die könnten ja sonst Rost fangen. Also die Teile wurden auch schon seit Jahren nicht saubergemacht, die werden höchstens abgewischt wenn da

etwas Blut dran ist. Es gibt bei uns auch inzwischen eine Quarantänestation und es ist schon vorgekommen, dass zu viel oder falsche Sachen von der Station bestellt wurden und zu uns zurückkamen. Die sind dann einfach wieder so zurückgelegt worden. Auf die Krankheit getestet wurde auch noch niemand, da wir ja angeblich keine plausible Ansteckungsquelle hätten.

Werden die fehlenden Sicherheitsmaßnahmen irgendwie gerechtfertigt? Oder bekommt ihr dafür mehr bezahlt oder Ähnliches?

Nein. Die Leitung sagt dazu nichts und der Chef sagt immer, dass „zusätzliche“ Sicherheitsmaßnahmen übertrieben wären. Ich hab vor Kurzem gelesen, dass Pflegekräfte in einigen Krankenhäusern angeblich eine kleine Einmalzahlung bekommen, aber wir würden davon nichts sehen, wir sind schließlich auch nicht vom Krankenhaus angestellt, sondern arbeiten nur für das Krankenhaus. Da fühlt man sich natürlich verarscht, wenn man mal wieder irgendwo ein „Dankeschön“ an die „Corona-Helden“ hört, davon kann ich mir ja schließlich nichts kaufen.

Es bestätigt sich also, dass es bei den Maßnahmen nicht tatsächlich um unsere Gesundheit geht und dass sie auf unseren Kosten gemacht werden. In dieser Zeit wird uns dann auch noch das Demonstrieren verboten. Fast alle Demonstrationen wurden abgesagt und die anderen schnell von den Bullen beendet. Ein anderes Beispiel aus Berlin zeigt uns jedoch auch, dass wir uns das nicht bieten lassen müssen, wenn wir genügend sind und zusammenhalten: Am Freitagnachmittag versammelten sich etwa 300 Menschen vor der Dar as-Salam Moschee im Bezirk Neukölln in Folge eines Gebetsaufrufes. Die Bullen waren damit schnell überfordert, griffen zunächst so gut wie gar nicht ein und verhinderten auch in Folge nicht die Menschenansammlung. Die Polizei offenbarte hierbei somit ihre große Schwäche gegenüber großen Menschenansammlungen mit einem Mindestmaß an Organisation. So sehen wir, dass wir uns nicht von den Maßnahmen einschüchtern lassen müssen und werden. So werden wir zum Beispiel mit einer solchen Haltung den Ersten Mai, den Internationalen Kampftag unserer Klasse begehen können. Grund dafür zu kämpfen und uns zu wehren, haben wir in diesen Zeiten der sich vertiefenden Krise des Imperialismus definitiv. •

PFLEGEPERSONALMANGEL? NICHT IN HAMBURG!

Immer wieder hört man in den bürgerlichen Nachrichten, dass die Krankenhäuser heillos überfüllt sind und dass Klinikmitarbeiter keine ruhige Minute mehr haben. Anscheinend herrscht in allen Bundesländern der Ausnahmezustand in Krankenhäusern. Außer in Hamburg. Auch hier wurden in Krankenhäusern Stationen geräumt, um Platz für Corona-Patienten zu haben. Aber der große *Ansturm* blieb bislang aus.

Selbst unterschiedliche bürgerliche Zeitungen stießen unlängst auf diesen merkwürdigen Umstand. Unter anderem in einem Interview mit einer Krankenschwester, die über eine Zeitarbeitsfirma in einem Krankenhaus im Hamburger Umland beschäftigt ist. Darin berichtet sie, dass in ihrem Krankenhaus extra zwei Stationen leergeräumt wurden, auf denen nun zwei Patienten behandelt werden. Obwohl der große Anstieg der Corona-Infektionen bislang ausblieb und das Krankenhaus somit auch für andere Patienten Kapazitäten hätte, werden die Forderungen umgesetzt, dass Behandlungen, die nicht überlebenswichtig sind, eingeschränkt werden sollen. Wenn dazu auch die Stationen für Corona-Infektionen nicht gefüllt sind, herrscht auf vielen Stationen im Krankenhaus Leere. Natürlich haben die Pflegekräfte dann auch ein wenig mehr Zeit bei ihrer Arbeit, die sonst sekundengenau getaktet und stressig ist.

Weniger Patienten, aber gleichbleibend viel Personal gefällt den profitorientierten Krankenhäusern natürlich nicht. Und deswegen reagierte nun das Krankenhaus der Interviewten (und wahrscheinlich noch einige mehr) und entlässt haufenweise Personal bzw. schickt es in Kurzarbeit. Besonders die Angestellten, die über eine Zeitarbeitsfirma angestellt sind und lediglich vom Krankenhaus gebucht werden, trifft die Kündigungs- und Kurzarbeitswelle heftig. Auch, wenn es sich wie bei der interviewten Krankenschwester um Spezialisten für z.B. Hygiene und Beatmung handelt. Es ist wie immer, die Untersten, die sowieso schon die schlechtesten Arbeitsbedingungen haben, kriegen als erstes die arbeiterfeindlichen Maßnahmen ab. Vielen Arbeitern in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen wird gerade gekündigt oder sie werden in Kurzarbeit gezwungen. Auch hier alles gerechtfertigt mit der Corona-Pandemie.

Und die Pflegekräfte und anderes Personal, die weiter arbeiten dürfen, stehen vor der Tatsache, dass die Sicherheitsmaßnahmen vom Krankenhaus während der Arbeit unzureichend umgesetzt werden. Die Krankenschwester berichtet, dass die Mitarbeiter zwar während den Pausen zwei Meter Abstand halten sollen. Patienten, die wegen anderer Erkrankungen aufgenommen wurden und dann Symptome einer Corona-Infektion entwickelten, mussten aber fürs Erste wie gewohnt weiterbehandelt werden. Das heißt ohne Schutzkleidung und weiteren Schutzmaßnahmen. Das Schutzmaterial, das wie in allen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wenig bis gar nicht vorhanden ist, wird auf den extra für Corona eingerichteten Stationen benutzt. So besteht für das Krankenhauspersonal und deren Umfeld, genauso wie für die Patienten, ein hohes Ansteckungsrisiko.

Aber was passiert, wenn die Fallzahlen der Infizierten und somit die Belegung in den Krankenhäusern stark ansteigen sollten? Dafür hat die Regierung von Hamburg schon vorgesorgt mit einer weiteren arbeiterfeindlichen Maßnahme: Die Einführung des 12-Stunden-Tages. Daneben, dass nun in allen „systemrelevanten“ Berufen nun auch sonntags und feiertags gearbeitet werden, dürfen die Arbeiter in diesen Berufen nun auch gezwungen werden, 12-Stunden-Schichten zu machen, bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden. Der 8-Stunden-Tag, eine Errungenschaft des Kampfes der Arbeiterklasse, wird somit einfach außer Kraft gesetzt.

Die Aussagen der Krankenschwester stellen einige wichtige Dinge klar:

Auch die Krankenhäuser sind von der Wirtschaftskrise betroffen. Und wie reagieren sie darauf? Sie kündigen den Arbeitern oder zwingen sie in Kurzarbeit, diejenigen die eh schon ganz unten stehen. Weiter unterstützt die Einführung des 12-Stunden-Tags diese Maßnahme, weil so die Zahl der Beschäftigten gleich bleibt oder reduziert werden kann und somit für die Ausbeuter keine Kosten für Extrapersonal entstehen. Selbst in „systemrelevanten“ Berufen sind wir nicht davor geschützt, Opfer der Profitgier der Imperialisten zu werden und wie Müll behandelt zu werden, den man einfach wegwirft, wenn man ihn nicht mehr braucht. •

FRAUEN - „SYSTEMRELEVANT“ ABER ARM DRAN

„Danke, dass Sie da sind für ihre Mitbürger und Mitbürgerinnen buchstäblich den Laden am Laufen halten“. Das sagte Angela Merkel am 18. März in ihrer Fernsehansprache. Dabei ging es um die Beschäftigten in den Pflegeberufen, in der Reinigung sowie im Einzelhandel. Generell schlecht bezahlte Berufe, die in dieser Gesellschaft nicht einmal besondere Anerkennung bekommen. Nun sind es aber die Berufsgruppen, die als „systemrelevant“ eingestuft werden. Nach einer Studie von der Bundesagentur für Arbeit vom letzten Sommer betrifft das vor allem Frauen. Fast 73 % sind es im Einzelhandel, 76 % in Krankenhäusern; in Vorschulen und Kindergärten, die teils wieder aufhaben sind es 93 %. Und das meist zu extrem niedrigen Löhnen, häufig in Teilzeit und/oder befristet.

Ja, die Frauen halten gerade den Laden, also das Leben der Bevölkerung in Deutschland, am Laufen. Finanziell merken tun sie das aber nicht. Und was ist mit den Frauen, die in nicht systemrelevanten Jobs arbeiten? Sie werden gekündigt, wie es manche große Unternehmen gerade massiv tun, oder sie werden in Kurzarbeit gezwungen. Und wie viel bleibt dann von einem Teilzeit-Job übrig, wenn man nur 60% oder mit Kindern 67% des Einkommens bekommt? Genau: Nichts. Und so müssen viele nun einen Zweitjob annehmen, um irgendwie über die Runden zu kommen. Da nützt uns auch kein allabendliches Klatschen, wie es gerade in vielen Städten gemacht wird.

Besonders für Alleinerziehende, was auch vor allem Frauen sind, ist diese Zeit sehr hart, wenn es keine Kinderbetreuung gibt, die Großeltern oder Freunde nicht einspringen dürfen und selbstorganisierte Kinderbetreuung aktuell nicht erlaubt ist wegen der allgemeinen Kontaktsperre. Zwar haben „systemrelevante“ Berufe ein Recht auf Kinderbetreuung, aber was ist mit den Frauen, die Arbeitszeiten haben, die das nicht zulassen? Diese Frauen sind doch die Ersten, denen gekündigt wird.

Aber nicht nur beruflich hat die aktuelle Situation viele Nachteile für Frauen. Eine weitere Auswirkung, die vielleicht kurz einmal Beachtung bei den Herrschenden fand, ist die häusliche Gewalt. Es wird angenommen, und wir haben keinen Zweifel daran, dass es der Realität entspricht, dass die Gewalt

gegen Frauen und Kinder innerhalb der eigenen vier Wände stark zunehmen wird. Auch wenn es dazu keine offiziellen Zahlen aus der BRD gibt, ist häusliche Gewalt ein Problem, das in „Krisenzeiten“ zunimmt. Die Beratungsstellen haben eh alle geschlossen, und wenn man mit dem Täter die ganze Zeit eingeschlossen ist, wird es nahezu unmöglich, Hilfetelefone zu erreichen. Ganz davon abgesehen, sind die Frauenhäuser seit Jahren überfüllt, sodass auch diese Möglichkeit komplett wegfällt. Mit der Gewalt verbunden sind auch immer die patriarchalen Morde an Frauen, die höchstwahrscheinlich ebenfalls steigen werden.

Auch für Frauen, die gerade schwanger sind, ist die Situation sehr schlecht. Hat man sich vorher auf das kommende Kind und die Geburt gefreut, so ist nun Dank der Kontaktsperre in vielen Krankenhäusern eine Begleitperson, also der Partner, etc., nicht mehr erlaubt. Mit dem bundesweiten Hebammenmangel dazu sind viele Frauen nun im Kreißsaal allein mit den Ärzten. Und das, wo immer wieder Frauen von gewalttätigen und medizinisch nicht notwendigen Eingriffen von Ärzten berichten, die sie während der Geburt erlebten. Aber damit nicht genug. In Bayern, wo mit die strengsten Ausgangssperren bestehen, weigern sich die Krankenkassen, die Anträge für eine Übernahme der Kosten für eine Abtreibung online zu stellen. Da momentan die Stellen der Krankenkassen aber geschlossen haben, ist es für die Frauen auch nicht möglich, diese persönlich abzuholen. So sind nun viele Frauen, die sich für eine Abtreibung entscheiden, diese aber nicht bezahlen können, in der Situation, dass sie möglicherweise ungewollt ein Kind austragen müssen.

Die jetzige Situation und die Folgen zeigen uns, dass wir die wenigen Rechte, die der bürgerliche Staat uns gibt, verteidigen müssen, weil die Herrschenden gerade versuchen, sie unter dem Deckmantel des Schutzes unserer Gesundheit zu entreißen. In dieser „Krisenzeit“ wird die Unterdrückung und Ausbeutung durch den Imperialismus und das Patriarchat noch offensichtlicher. Leider können wir in diesem Artikel nur einige Auswirkungen anschneiden, weswegen wir uns auch sehr freuen würden, wenn ihr uns eure Erfahrungen mitteilt. Deswegen schreibt uns gerne eine Mail an rotepost@gmx.de. •

YOUTUBE IN ZEITEN VON CORONA

Wenn auf einen Schlag so viel mehr Leute plötzlich tagsüber in den eigenen vier Wänden hocken, gibt es natürlich auch Dinge, die davon profitieren. Nach einer Zeit ist man ja irgendwie, ob aus Langeweile heraus oder vielleicht, weil die Kinder das wollen, gezwungen, sich auf Videoplattformen oder sozialen Medien irgendwelchen Blödsinn reinzuziehen. Dann sitzt man wegen „Corona“ drinnen eingesperrt, und kann sich ganz viele kulturelle Schaffungen um dieses Virus, das natürlich auch auf Youtube etc. das Thema Nummer Eins ist, anschauen. Draußen sei man nicht sicher vor Corona, drinnen ist man es aber offensichtlich auch nicht. Ein kleiner Überblick darüber, wie sich die aktuelle Situation im Anfangsstadium der ökonomischen Krise und in einem sich anbahnenden oder bereits existenten Notstand der Gesundheitsversorgung auf die Produktion von Kultur und ihren Klasseninhalt auswirkt.

In Deutschland reichen mal wieder ein paar deutliche Worte vom Staat, damit sämtliche Prominente ihm bedingungslos hinterherlaufen. Ist man noch so „kritisch“ gewesen, zeigt man jetzt doch sehr offen, auf welcher Seite man steht. Die hauptsächliche Nachricht ist „Leute, bleibt zuhause!“. Wer nichts größeres vorhat, macht ein kurzes Video, in dem man erzählt, wie wichtig das jetzt ist, die Maßnahmen zu befolgen, dass man das selber auch hinbekäme und das doch wirklich nicht so schlimm sei, und lädt das auf Facebook, Twitter oder Instagram hoch. Ein kurzes Statement aus der Innenkamera des Smartphones, in dem man die Maßnahmen des bürgerlichen Staates bekräftigt und das von der Bundesregierung ins Leben gerufene „#wirbleibenzuhause“ drübersetzt, ist für einen deutschen Promi das Üblichste, was es im Augenblick gibt. Fußballprofis fangen an, Übungen im eigenen Wohnzimmer zu zeigen, und fordern die

Fangemeinde dazu auf, das nachzumachen und zu posten. Wer keine Villa mit einem Wohnzimmer wie ein Tennisplatz hat, wird es möglicherweise etwas schwieriger haben, die Übungen so drinnen durchführen zu können, und wird es auch nicht so lustig wie die bürgerliche Prominenz finden, sich zuhause einzuschließen. Aber die häuslichen und besonders die ökonomischen Voraussetzungen lassen fast alle völlig außen vor.

Ähnliche Beiträge zu „Corona“ landen massenhaft auf Videoplattformen wie Youtube. Auch hier wissen die meisten Künstler, Entertainer und so weiter schnell etwas zu publizieren, was das Virus bzw. die aktuelle Lage in den Mittelpunkt ihrer kulturellen Arbeit rückt. Denn als Thema, das zur Zeit die Ökonomie am meisten beschäftigt, wird es zum Thema, was – u.a. kulturell – am stärksten popularisiert wird. Und damit wird es zum Thema, das die Massen am meisten beschäftigt. Das wirkt sich wiederum zurück auf die Kultur aus, und man kommt praktisch nicht mehr an dem Thema vorbei. Wer ganz kreativ ist, macht also ein Lied oder etwas Ähnliches; besonders Youtuber sind gezwungen, schnell zu reagieren und irgendetwas mit Corona zu machen. Freshtorge malt sich an und gibt den „Corona-Dance“ zum besten. Darin versucht er die ganze Lage lächerlich erscheinen zu lassen, während er die Maßnahmen des Staates, der diese offensichtlich nicht so lächerlich findet, permanent skandiert und deren Wichtigkeit er beharrlich betont. Hinzu kommen Aufforderungen zu Hamsterkäufen („Buy enough noodles and toilet paper“) und anschließender Selbstquarantäne. Das als „sperrt euch bitte ein“ zusammenzufassen, ist nicht zu hoch gegriffen. Auch alteingesessene Kandidaten melden sich wieder zu Wort. Otto Waalkes macht ein Home-Diary, Die Ärzte nehmen im Videochat ein Quarantäne-Lied auf, in dem sie unter anderem dazu aufrufen, sich Pornos als Zeitvertreibung anzuschauen. Außer, dass sie tatsächlich überhaupt nicht mehr lustig sind, haben diese kulturellen Beiträge gemeinsam, dass sie der herrschenden Klasse dienen.

Es ist selbstverständlich ein Unterschied, ob man nun die Maßnahmen des Staates in die Köpfe der Massen zu prügeln versucht, oder ob man, ohne groß auf das Thema einzugehen, zeigt, dass man sich es in dieser



„Freshtorge“: Früher Sandra, heute ein Virus



Gibt auch auf Youtube den Ton vor: der Gesundheitsminister



...und ein verirrter deutscher Promi macht gleich mit.

Situation angeblich auch sehr bequem machen kann. Aber beide Fälle geben offen ihr Einverständnis mit den Einschränkungen der bürgerlichen Freiheit und propagieren nebenbei Vereinzelung.

Youtube bietet ebenfalls der politischen Propaganda ein stabiles Medium. Die „Ansprache an die Bevölkerung“ von Merkel, die Nachrichtensendungen, die Pressekonferenzen des Robert-Koch-Instituts – alle werden popularisiert und finden breite Zuschauermassen. Ein wichtiger Schritt, einerseits einzuschüchtern und andererseits Stimmung und Panik zu machen. Hinzu kommen mal wieder Bundeswehr-Spots, die den größten Inlandseinsatz des deutschen Militärs seit dem zweiten Weltkrieg in positives Licht rücken. Und die werden einfach anstelle von Werbespots eingeblendet. Das nennt man Unabhängigkeit der Medien. Doch auch so etwas ist in den Aussagen einiger im Augenblick gerechtfertigt. Boulevard-Formate, Politiker oder vermeintliche Experten regen sich darüber auf, wie „unhörig“ das Volk doch ist und dass die Maßnahmen verschärft werden müssten, was sich dann in den „Statements“ einiger Promis wiederzeigt: Jugendliche, die man draußen in kleinen Gruppen trifft, sind auf einmal „Unverbesserliche“, Feiernde wünscht man ins Gefängnis. Solche offen reaktionären Aussagen dienen ebenfalls der Einschüchterung und der Stimmungsmache. Das bedeutet wiederum auch die Spaltung der Massen, was sich in teils paranoidem Verhalten und zahlreichen sinnlosen Konflikten bereits äußert. Dass dies Klassen, die in Teilen durch die Extraprofite des Imperialismus bestochen werden können, in der Hauptsache betrifft, ist selbstredend. So kann man

sich auch nicht wundern, dass die Parole „Stay the fuck home“ in dieser oder ähnlicher Form es von Youtube etc. an die Türen so einiger Läden geschafft hat.

Was Corona und die kommende wirtschaftliche Krise betrifft, gibt es natürlich nicht ausschließlich bürgerliche und reaktionäre Beiträge im Internet. Es kursieren mehrere Videos aus Italien, wo in der Quarantäne Massen an Menschen auf ihren Balkonen stehen und gemeinsam *Bella Ciao* singen. Dass für die Massen die Jahrzehnte alten Strophen der Partisanen so eine Bedeutung haben, ist keine Überraschung, denn es sind Zeilen, die dem Geist des Volkes entsprechen, über Kämpfer, die dem Volke dienen. Die Popularität der wahren Kämpfer für eine klassenlose Gesellschaft wächst beständig und wird auch nicht mehr, bis wir dort angekommen sind, zurückgehen. Das, was einbricht, ist der Imperialismus, und das äußert sich zu genüge in der Kultur der herrschenden Klasse in diesem Augenblick. Für uns gilt es, in dieser besonderen Situation auch im Bereich der kulturellen Schaffung neue Wege zu finden, auf denen wir den revolutionären Geist versprühen. Dabei können wir uns nicht auf Youtube verlassen, sondern müssen flexibel und offen gegenüber allem Neuen, was uns als Plattform dient, sein. Die Hauptsache ist dementsprechend nun, selber in dieser Situation aktiv zu werden und all dem Müll, der produziert wird, proletarische Kultur entgegenzusetzen. Wir freuen uns auch hier über jede Zusendung (rotepost@gmx.de) von Ideen oder kleinen ausgearbeiteten Werken gegen die Krise der Herrschenden. •



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:
ROTEPOST@GMX.DE

1. MAI
INTERNATIONALER KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE

erkundigt euch bei euren lokalen Kontakten nach
geplanten Aktivitäten

DIE REBELLION IST GERECHTFERTIGT!

